

STANDPUNKT

«Familie und Beruf» oder «Familie als Beruf»?

MARTINA BRÄNDLE-NIPP,
PRÄSIDENTIN DER FRAUENUNION

Mit der Initiative «Familie und Beruf» hat die Wirtschaftskammer den Anstoss gegeben, erneut über die Förderung der einzelnen Familienmodelle zu diskutieren. Um was geht es genau? Und wer profitiert eigentlich davon bzw. wird gar jemand benachteiligt?

Das Familienzulagengesetz bezweckt die Ausrichtung von Kinderzulagen, Geburtszulagen und Alleinerziehendenzulagen und soll um zwei Punkte ergänzt werden. Einerseits soll zukünftig das Mutterschaftstaggeld über die Familienaus-

Ja – damit es nicht weiterhin beim jahrelangen Stillstand bleibt.

gleichskasse (FAK) und nicht mehr von der Krankentaggeldversicherung finanziert werden, und andererseits sollen Kindertagesstätten, Tagesstrukturen und Mittagstische subventioniert werden. Beide Punkte führten in den letzten Tagen zu heftigen Diskussionen und man könnte meinen, dass es bei der Abstimmung darum geht, welchem Familienmodell man den Vorzug geben möchte. Das Gegenteil ist der Fall: Jungen Fami-

lien soll eine reelle Wahl für die Gestaltung ihres Familienlebens gegeben werden.

Denken wir über den Kita-Teil einmal laut nach: Die meisten Familienfrauen/-männer, die zu 100 Prozent für Kinder und Haushalt zu Hause bleiben, entscheiden sich hierzu aus freiem Willen. Sie leben oft in einer Partnerschaft bzw. Ehe, in der der andere Partner genügend Geld verdient. Dann gibt es die berufstätigen Elternteile. Viele von ihnen möchten arbeiten, andere können es sich nicht leisten, dass ein Partner zu Hause bleibt oder sie sind alleinerziehend und auf das Einkommen angewiesen. Die Paare mit Kindern, bei denen mindestens ein Partner einer Teilzeiterwerbstätigkeit nachgeht, machen mittlerweile über 60 Prozent aus.

Zudem werden jedes Jahr junge Leute ausgebildet. Muss es uns nicht ein Anliegen sein, diese Leute in der Arbeitswelt zu erhalten? Gerade in Zeiten, in denen Stichworte wie «Fachkräftemängel» oder «Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt» häufig sind, ist es doch umso wichtiger, das bestehende Potenzial zu nutzen und zu erhalten. Es ist deshalb unabdingbar, dass eine Möglichkeit geschaffen wird, dass auch die Betreuung von Kindern berufstätiger Elternteile sichergestellt ist.



Bild: Daniel Schwendener

Martina Brändle-Nipp: «Wir werden uns nach allen Kräften dafür einsetzen, dass weitere Schritte folgen werden.»

Ohne eine Unterstützung der Kita lohnt es sich oftmals nicht, einer Teilzeittätigkeit nachzugehen, jedenfalls dann nicht, wenn die Betreuungskosten den Lohn übersteigen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hängt deshalb auch von der Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen ab. Weitere Massnahmen müssen selbstverständlich folgen.

Die Initiative sieht keine Ungleichbehandlung von erwerbs-

tätigen und nicht erwerbstätigen Elternteilen vor. So wird nämlich die ausserhäusliche Pflege und Betreuung von Kindern unterstützt, von denen mindestens ein Elternteil bei einem Arbeitgeber beschäftigt ist, der für ihn Beiträge an die FAK leistet oder der beispielsweise als Selbstständigerwerbender oder Arbeitnehmer ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber selbst FAK-Beiträge leistet. Dadurch können also auch

Kinder von Familienfrauen/-männern von der Subventionierung profitieren.

Vergessen wir zudem nicht, dass von staatlicher Seite seit Jahren ein Moratorium betreffend die Subventionierung von ausserhäuslicher Kinderbetreuung besteht. So profitieren nur einige wenige Institutionen von staatlichen Subventionen. Für neue Betreuungseinrichtungen ist es deshalb schwer, einen für die Kinderbetreuung vergleichbar akzeptablen Preis anzubieten. Dies wiederum hat Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit von Elternteilen, denn ohne Sicherstellung der Kinderbetreuung wird es schwer sein, ein Arbeitsverhältnis einzugehen.

Damit es nicht weiterhin beim jahrelangen Stillstand bleibt, ist es wichtig, die Initiative anzunehmen. Sie löst nicht alle Probleme und beantwortet nicht alle Fragen bezüglich «Familie und Beruf» und «Familie als Beruf». Aber es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung und wir werden uns nach allen Kräften dafür einsetzen, dass weitere Schritte folgen werden. Der Vorstand der Frauenunion steht deshalb hinter der Initiative der Wirtschaftskammer.

In der Rubrik Standpunkt äussern sich Mitglieder des Präsidiums und der Landtagsfraktion der Vaterländischen Union.